

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement

vierteljährl. 1 R. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Ersteinst
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag u. Sonnabend. In-
sertionspreis: die Klein-
zeile 10 Pf.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

28. Jahrgang.

Nr. 26.

Dienstag, den 1. März

1881.

Konkursverfahren.

den 26. März 1881,
Vormittags 10 Uhr

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Fabrikant Gottlob Hein-
rich Kramer von Schönheide ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters,
zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung
zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über
die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf

vor dem königlichen Amtsgerichte hier selbst bestimmt.
Eibenstock, den 28. Februar 1881.

Zugelt,

Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

Sum Schutz der Auswanderer.

Die zum Schutze der deutschen Einwanderer gegrün-
dete „Deutsche Gesellschaft der Stadt New-York“
veröffentlicht in ihrem Jahresbericht für 1879 u. A.
Folgendes:

Es möchte hier am Platze sein, über das
gewissenlose Thun und Treiben einer gewissen Klasse von
Passage-Agenten, die über ganz Deutschland verbreitet
ist, ein ernstes Wort zu sagen. So wenig wir Ver-
haltensmaßregeln, die der freien und nach reiflicher
Erwägung beschlossenen Auswanderung hemmend entgegen-
treten, billigen würden, so sehr befürworten wir, daß
strenge Gesetze gegen solche Agenten erlassen werden
sollten, die, ihres eigenen Ruhens wegen, Leute durch
solche Berichte zur Auswanderung zu verleiten bemüht
sind.

Eine weitere, nicht minder schwere Anklage, die wir
gegen diese Agenten erheben müssen, ist die Beförderung
deutscher Einwanderer über England oder Frank-
reich. Wir haben diesen Uebelstand fast in jedem unser-
er Jahresberichte erwähnt und glauben wesentlich dazu
beitragen zu haben, die deutsche Auswanderung über
nicht deutsche Häfen zu verringern, fühlen uns aber um
so mehr dazu verpflichtet, immer wieder unsere Warnung
zu erneuern, als auch im verflohenen Jahre viele be-
rechtigte Klagen über die Behandlung und Verpflegung
deutscher Auswanderer auf englischen und französischen
Dampfern von der Einwanderer-Commission in Castle
Garden erhoben wurden. Die großen Vorzüge der
Bremer und Hamburger Dampfer durch ihre Sauberkeit,
leistungsfähige Führung durch bewährte Offiziere mit
tüchtiger Mannschaft, ihre Schnelligkeit unter Beobach-
tung der Sicherheit in erster Linie, und gute nahrhafte
Befestigung der Zwischendeck-Passagiere, sind allgemein
bekannt. Der deutsche Auswanderer ist die Kost auf
englischen und französischen Dampfern nicht gewohnt,
seine Klagen kann er, der fremden Sprache nicht mächtig,
nicht anbringen, seine Bitten bleiben aus demselben
Grunde unberücksichtigt, und schließlich muß er, will er
sich den rohen Späßen und Verpöhlungen seiner Mit-
passagiere und der Schiffsmannschaft nicht aussetzen,
Alles geduldig über sich ergehen lassen, bis er bei seiner
Ankunft hier bei der Einwanderer-Commission seine
Klagen erhebt. Wie begründet solche dann auch sein
mögen, so ist es ihm doch leider in den meisten Fällen
nicht möglich, überführende Beweise zu bringen, da die
gesamte Schiffsmannschaft Alles in Abrede stellt, und
schließlich wird der Mangel an Verständnis als alleiniger
Grund für alle Beschwerden vorgeschoben. Es unter-
liegt wohl keinem Zweifel, daß es nur wenigen
Deutschen einfallen würde, ihre Reise über England
oder mit einem französischen Dampfer zu machen, wenn
nicht deutsche Agenten ihres eigenen Vortheils wegen
ihre arglosen und leichtgläubigen Landleute dazu be-
stimmen würden. Diese Agenten, die aus irgend einem
Grunde von den deutschen Dampfschiffsgesellschaften
keine Anstellungen erhalten können, verschaffen sich leicht
Agenturen für ausländische Compagnien, die, wohl
wissend, daß sie mit den deutschen Dampfern nicht
concurriren können, durch Gewährung höherer Commis-
sionen an den Agenten und Berechnung billigerer Preise
für den Auswanderer, das unmöglich Scheinende mög-
lich machen: deutsche Auswanderer für ihre Linien ge-
winnen.

Die Reise über Calais, Hull oder Bliffingen, von
dort auf einem Dampfer nach England, Umladung der
Passagiere und deren Gepäck auf die Eisenbahn, Aus-
ladung in Liverpool und dann Einschiffung auf den
Dampfer nach New-York können wir nur als eine höchst
„indirekte Beförderung“ bezeichnen. Von der Auswan-
derung über Antwerpen müssen wir einstweilen abtrathen,

bis es der dortigen Behörde gelingt, dem Treiben des
dortigen Agenten C. Henry Strauß Einhalt zu thun,
gegen den wir schon früher wiederholt gravirende An-
klagen erhoben haben, und gegen den auch im vergange-
nen Jahre häufig Beschwerden geführt wurden, die lei-
der nur von den dortigen Behörden geschlichtet werden
können. Der Betreffende beschäftigt sich auch mit be-
sonderer Vorliebe mit der „direkten Beförderung“, der
National-Linie in Liverpool, und müssen wir deutsche
Auswanderer auch vor der Reise über Antwerpen war-
nen. Die deutsche Regierung beweist durch die aner-
kennenswerthe Berücksichtigung, die sie den deutschen
Einwanderern hier durch das Kaiserlich Deutsche Gene-
ral-Consulat durch Rath und That zu Theil werden
läßt, wie sehr sie für das Wohl und Wehe ihrer früheren
Unterthanen jenseits des Oceans bedacht ist, und dür-
fen wir wohl hoffen, daß sie unsere auf Thatsachen be-
ruhenden Rathschläge durch die Behörden zur Kenntniß
des Publikums bringen wird.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Bundesrath hat in seiner
Freitagssitzung den Wehrsteuer-Gesetzentwurf mit
der Zusatzbestimmung angenommen, daß der zur Reichs-
kasse fließende Steuerertrag den Bundesstaaten nach
dem Matrularverhältnisse überwiesen werden soll. Es wird
sich nun zeigen müssen, wie der Reichstag sich zu die-
sem Projekte stellt. So weit sich nach den bis jetzt
hervorgetretenen Anzeichen schließen läßt, kann man der
Wehrsteuer nicht viel Aussicht auf Annahme eröffnen.
Die Liberalen sind bis in die mattersten Schattierungen
gegen das Projekt eingenommen, und die allerdings
wohl zweifelhafte Zustimmung der Konservativen allein
vermag ihm keinen Erfolg zu sichern; Alles hängt also
vom Centrum ab, und dieses ist allem Anschein nach
nicht für die Wehrsteueridee begeistert. Sehr zu be-
achten ist auch, daß bei der allgemeinen Staatsberatung
kein einziger Redner dieser Partei das Wort genommen
hat; diese reservirte Haltung pflegt den Regierungspro-
jekten, welche für die Session heranzureifen, nach den
bisherigen Erfahrungen nicht besonders günstig zu sein.

— Der Reichstag hat am 24. Februar die Be-
rathung des Etats für 1881/82 angetreten. Die Mehr-
einnahmen aus Böllen und Tabaksteuer werden auf 26
Millionen, die Einnahmen aus den Matrularbeiträge-
n auf 24 1/2 Millionen veranschlagt. Die fort-
dauernden Ausgaben erhöhen sich gegen das Vorjahr um
22 Millionen, wobei die Arme mit 17 Millionen
betheilt ist. Die einmaligen Ausgaben sind um 6
Millionen reduziert, wobei 23 Millionen zur einmaligen
Heeres-Reorganisation nicht eingerechnet sind. Die dau-
ernden Einnahmen erhöhen sich um 8 Millionen. Schatz-
sekretär Scholz empfiehlt unveränderte Annahme des
Etat. — Der Abg. Richter ist da in seinem Element,
wie der Fisch im Wasser. Er kritisiert den Etat und
auch den Reichskanzler Bismarck und bedauert es, daß
alles in Preußen und im Reiche sich auf die zwei
Augen Bismarcks zuspitze und daß das Schwanken des
persönlichen Regiments Bewirung im Parlamente und
bei den Parteien erzeuge. Sofort steht Bismarck auf
und entgegnet mit seltener Ruhe (aber auch hier und
da mit Ironie) in der Hauptsache Folgendes: Bei mei-
nen 66 Lebensjahren und 20 Amtsjahren ist an mir
nicht viel mehr zu bessern, man muß mich aufbrauchen,
wie ich bin, oder mich beseitigen (was aber schwer ge-
lingen wird, setzte er hinzu). Kein Land kann mit
gleicher Ruhe und Sicherheit wie Deutschland in die
Zukunft sehen. Die Reichsverfassung kennt nur einen
Reichskanzler als verantwortlichen Minister, der aber
nicht nur dem Reichstage, sondern vor allem dem Kaiser
verantwortlich ist. Ein schächterer und jaghafter Reichs-

kanzler, der auf jeden Wind des Reichstages lauscht
und keine eigene Meinung hat und solche bei den Par-
teien holt, ist überflüssig. Ich bin dazu nicht gemacht.
Mit den Ressorts-Chefs lebe ich stets im Einverständ-
niß und wird dies einmal gefordert, so habe ich stets ge-
sagt: wird beide zusammen können nicht mehr im Amte
bleiben. (Ungeheure Heiterkeit.) Den Vorwurf, daß ich
meine Ansichten oft geändert habe, muß ich zurückweisen.
Ich gehöre nicht zu Denjenigen, die da sagen, ich werde
nichts lernen; und wenn mir Jemand sagt: vor 20
Jahren waren Sie mit mir gleicher Meinung und heute
haben Sie eine andere, so sage ich ihm: heute vor 20
Jahren war ich so klug, wie Sie heute sind; heute bin
ich klüger; denn ich habe gelernt. Ein Mensch, der
nichts lernt, bleibt zurück und wird reaktionär. —
Mein einziger Leitstern, meine erste Frage war und ist
immer: was kommt dem Vaterland, was dem Heile
und Ruhm der deutschen Nation, ihrer Selbstständig-
keit nach außen und ihrer Ruhe und Wohlfahrt im
Innern? Ob das durch eine conservative, eine liberale
oder eine dictatorische Richtung erreicht werden kann,
ist mir erst zweite Frage. Ich greife zu dem Einen
oder Andern, wie es dem Ziele frommt. Von der Er-
reichung des Hauptzieles aber bin ich niemals abge-
wichen.

— Das Unfallversicherungsgesetz, der erste
gesetzliche Versuch, viele Arten von Arbeitern vor den
Folgen böser Unfälle zu schützen, hat zwar im Volks-
wirtschaftsrathe, im Bundesrath, in der Presse und
sogar von Seiten von Arbeitergesellschaften mancherlei
politische und finanzielle Bedenken erregt und bedarf
noch vieler Umarbeitung und Umgestaltung, aber der
Gedanke und die That, zu welcher Fürst Bismarck vor-
schreiten will, wird in ihrer Größe überall anerkannt.
In dem Congreß der Landwirthe in Berlin begrüßte
der Graf v. Dürckheim das Gesetz als den ersten Schritt
zur Lösung der sozialen Frage. Er sagte u. A.: „Auf
die Gefahr hin, daß Sie mich einen Socialisten nennen,
sage ich, daß der Staat verpflichtet ist, für die Zukunft
der Arbeiter zu sorgen, Einrichtungen zu treffen, daß
der Arbeiter im Alter nicht Hunger zu leiden hat. Wenn
wir den socialdemokratischen Umsturzbestrebungen mit
Erfolg begegnen wollen, so genügt das Socialistengesetz
nicht. Es ist mehr als human, wenn der Staat dafür
wirkt, daß der Arbeiter im Alter sicher gestellt, daß er
wenigstens, wenn er alt, schwach und arbeitsunfähig
geworden, nicht der größten Noth preisgegeben sei.
Daß dies bisher nicht geschehen, war die Ursache, daß
von den Socialdemokraten die Parole ausgegeben wor-
den: „Krieg den Palästen, Friede den Hütten“, und
daß schon Lassaile im Geiste den dumpfen Massentritt
der Arbeiter-Bataillone hörte. Der Hunger ist gewöhn-
lich der Vorläufer aller Revolutionen gewesen. Wenn
man den Hunger stillt, dann bekämpft man die Revo-
lution besser als durch Bajonette. Nicht Furcht ist es,
die uns zu einer Sicherstellung des Arbeiters nöthigt,
sondern es ist die weise Voraussicht für das, was in
der Zukunft liegt, es gebietet dies die Menschlichkeit,
die Gerechtigkeit. Jede Agitation enthält ein Körnchen
Wahrheit und so ist es auch mit den socialdemokratischen
Tendenzen. Diese enthalten neben Verwerflichem so man-
ches Gute und Wahre. Hätten wir eine ganz umfassende
Arbeiterversicherung, die nicht nur eine Unfall-Versiche-
rung, sondern auch Versicherungslassen für Invalidität,
Arbeitslosigkeit, Krankheitsfälle enthalten würde und
zwar für alle Arbeiter der ganzen Nation, so würde
der Arbeiter wieder mehr Freude an seiner Arbeit
zeigen und sich seiner Standeshöhe bewußt werden. Ich
möchte keinerlei Arbeiter ausgeschlossen wissen. Selbst-
verständlich müßte der Staat aus den Erträgen der
Bölle diese Klassen in gehöriger Weise unterstützen. Hier-
bei empfiehlt sich die Erhöhung vieler indirecten Steuern,